

568/J

der Abgeordneten Otmar Brix

und Genossen

an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betreffend Gülle-Ausbringung und bodennahes Ozon

Gerade während der Sommermonate kommt es neben vielen anderen Faktoren auch aufgrund der Gülle-Ausbringung auf die Felder zu einer Erhöhung der Konzentration von Ozonvorläufersubstanzen in der bodennahen Luft. Die Folgen sind erhöhte, besonders vegetationsschädigende Ozonkonzentrationen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft nachstehende

Anfrage:

1. Welchen Anteil an den Emissionen von Ozonvorläufersubstanzen hat die Gülle-Ausbringung Ihres Wissens nach in Österreich?
2. Sind seitens Ihres Ressorts Maßnahmen geplant, um die Gülle-Ausbringung in den Sommermonaten zu verringern? Wenn ja welche?
3. Können Sie sich ein Gülle-Ausbringungsverbot bei Ozonvorwarnstufe bzw. bei Ozonalarm vorstellen? Wenn ja, wie könnte dieses Verbot umgesetzt werden? Wenn nein, warum nicht?
4. In der vom BM für Wissenschaft und Forschung und vom BM für Land- und Forstwirtschaft in Auftrag gegebenen Studie "Beitrag der Landwirtschaft und landwirtschaftlich genutzter Böden zum troposphärischen Ozonproblem" (ausgeführt vom Institut für Bodenforschung und Baugeologie/Abteilung Bodenkunde und vom Institut für Waldökologie/Arbeitsgruppe: Univ.-Prof. Krapfenbauer; Wien, September 1993) wird eine Extensivierung der Düngung, vornehmlich auf nassen bis wechselfeuchten Standorten, eine Optimierung der Wirtschaftsdüngeraufbereitung und -ausbringung (z.B. eine Verkürzung der Lagerzeiten) sowie die Forcierung der Biogasanlagen vorgeschlagen. Welche Maßnahmen

haben Sie bisher mit welchem Erfolg ergriffen, um diese Vorschläge auch in der Praxis zu verwirklichen?

5. In der in Frage 4 angeführten Studie schreiben die Autoren auf Seite 76: "Die Erstellung eines Emissionskatasters für Ozonvorläufersubstanzen aus dem Bereich der Land- und Forstwirtschaft könnte gemeinsam mit Aufklärung und Beratung gezielte

emissionsmindernde Bewirtschaftungsmaßnahmen erlauben." Wie weit haben Sie dieser Aussage bisher Rechnung getragen?